

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 6. April 1927.

Nr. 81.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Notsignale aus dem Hergebirge.

Der Ausnahmezustand soll helfen?

Aus dem Hergebirge, der Heimat unserer hochentwickelten nordböhmischen Glasexportindustrie dringt der tausendfältige Notschrei eines um seine nackte Existenz ringenden Proletariatsvolks zu uns. Die Glasarbeiter des Hergebirges rufen um Hilfe gegen ein System brutaler kapitalistischer Profitgier, das Hunger und Arbeitslosigkeit über sie und ihre Familien gebracht hat und das einen ehemals blühenden Erwerbszweig dem Ruin entgegenführt. Und die Regierung hat bereits ihre Antwort gegeben: Ueber den ganzen Lannwalder und einen Teil des Gablonzer Bezirkes ist der Ausnahmezustand verhängt und zugleich das Standrecht angedroht worden.

Diese Maßnahme ist eines durch und durch konsolidierten kapitalistischen Staatswesens würdig. Wenn den zutiefst empörten und erregten Arbeitern verboten wird, zugunsten eines verhafteten Vertrauensmannes in den Proteststreik zu treten, wenn gegen weitere Ausschreitungen der „allerhöchste“ und „rückwärtslose“ Einfluß der öffentlichen Machtmittel angedroht wird, dann kann es zur Wiederherstellung der berühmten „Ruhe und Ordnung“ nicht mehr weit sein. Ruhe und Ordnung — das ist nämlich jener paradiesische Zustand, wo die arbeitstüchtigen Proleten in heiterer Gemütsruhe verhungern und nur in scharfer Ehrfurcht mit jenen Uniernehmern und Spekulanten verfahren, denen sie es zu verdanken haben, daß sie von ihrer Arbeitsstelle vertrieben und ins Lumpenproletariat hinabgestoßen wurden. Ist denn die Regierung tatsächlich so naiv oder so unwissend, zu glauben, daß sie mit dem Ausnahmezustand die Todeskrise der Gablonzer Exportindustrie kurieren und das Existenzproblem des Hergebirgsvolkes lösen kann?

Wiel zu wenig ist der ökonomische Hintergrund des Kampfes der nordböhmischen Glasarbeiter in der Öffentlichkeit bekannt. Es geht bei dem leidenschaftlichen Ringen der Glasarbeiter gegen Unternehmer und Exporteure nicht um technischen Fortschritt oder Rückschritt, sondern um die Frage: Qualitätserzeugung oder Massenproduktion. Dieser Kampf ist nicht von heute. Schon seit Jahrzehnten geht der Kampf der hergebirgischen Glasarbeiter um die Erhaltung des Qualitätscharakters ihrer Industrie, denn nur Qualitätsarbeit vermag das dichtbesiedelte Glasmachervölkchen leidlich zu ernähren und der fremdländischen Konkurrenz zu begegnen. Bereits im Jahre 1889 erhoben sich die total verelendeten Glasarbeiter zu offener Revolte gegen die kapitalistischen Industrieherren, wobei es in Rudorf und Marienatal zur Zerstörung von Maschinen und Vorräten kam. Es hat den Anschein, als ob sich dieses Drama in gewissen Zeitschritten immer wiederholen müßte, um Staat und Unternehmer aus ihrer Gleichgültigkeit aufzufressen und zum Nachdenken über die Arbeiterforderungen zu bewegen.

Wie ist es wiederum zu den Verzweiflungsausbrüchen der Glasarbeiter und zur Verhängung des Ausnahmezustandes im Hergebirge gekommen? Die Antwort ist leicht gegeben: Weil sich die in schwerster Notlage befindlichen Glasarbeiter auf legale Weise ein Gehör verschaffen konnten. Die nordböhmische Glasindustrie liegt schon seit Jahren darnieder. Nach dem Abflauen der ersten Nachkriegskonjunktur machten sich wieder die alten Krebsübel bemerkbar: Preisbrückeri gegenüber den Arbeitern, wilde Konkurrenz zwischen den Lieferanten und Exporteuren, als Folge davon unauffällige Qualitätsverschlechterung, schleuderhafte billige Massenerzeugung und zunehmende Arbeitslosigkeit. Wie gewissenlos die gesunden Grundlagen der Industrie verwirrt wurden, ist an dem Beispiel der Glasringbranche festzustellen. Geschliffene farbige Glasringe sind eine Gablonzer

## Mit Bajonetten ist den Glasarbeitern nicht zu helfen!

Scharfer Protest des Genossen Schäfer und anderer sozialistischer Redner  
gegen die Ausnahmeverfügungen im Hergebirge.

Prag, 5. April. Am Abgeordnetenhaus kam es heute anlässlich der Debatte über den Staatsrechnungsabschluss für 1925 zu scharfen Protesten der sozialistischen Opposition gegen die unerhörten Ausnahmeverfügungen, die sich der Bezirkshauptmann von Gablonz — selbstredend unter Billigung des Innenministers — gegen die um ihre nackte Existenz verzweifelt ringenden Glasarbeiter herausnimmt.

Genosse Schäfer verlangte die sofortige Aufhebung dieser Ausnahmeverfügungen und vor allem schleunigste Abhilfe durch Regierungsmassnahmen für die gefährdete Glasindustrie.

Es ist geradezu ein Skandal, daß weder der Herr Innenminister noch sonst irgend ein Vertreter der Regierung sich während der Sitzung im Sitzungssaal auch nur sehen ließ; davon gar nicht zu reden, daß es nicht die Pflicht der Regierung gewesen wäre, von selbst Aufklärungen zu geben und Rede zu lassen.

Die Bajonette der Gendarmen, die im Hergebirge konzentriert sind, werden der Wirtschaftsnote der Glasarbeiter nicht abhelfen können; dazu gehören schon großzügige wirtschaftliche Massnahmen der Regierung. Zu dieser Auffassung müßte sich eigentlich auch das reaktionärste Beamtenhirn längst aufgeschwungen haben; nur dem Herrn Innenminister scheint dies noch nicht einjuleuchten!

Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu Unwillensausbrüchen der Opposition, vor allem unserer Genossen und der Kommunisten, weil weder der Innenminister noch irgend ein anderer Minister erschienen war, um Aufschluß über den Ausnahmezustand im Hergebirge zu geben. Namentlich nach den deutschen Ministern, die ebenfalls durch ihre Abwesenheit glänzten, wurden wiederholt energische Rufe laut. Genosse de Witte rief: „Die sind ganz sicher damit einverstanden, Schande über die deutschen Regierungsparteien!“

Nach der zweiten Lesung der Vorlage über die Ersparerverbe referiert der Berichterstatter Dr. Snídel über den

### Staatsrechnungsabschluss für 1924,

der eine Ueberschreitung des Budgets um 1550

Spezialität und finden einen guten Markt in Indien, wo sie von den Hindufrauen als Schmuck oft dutzendweise getragen werden. In der letzten Zeit nahm aber die Erzeugung minderwertiger (im einfachen Pressverfahren hergestellter) Schmirgelringe immer mehr überhand, wodurch hunderte von Ringelweibern brotlos gemacht wurden. Ueber die Auswirkungen dieser Umstellung auf den Markt unterrichtet ein aus dem Jahre 1925 stammender Bericht des tschechoslowakischen Konsulats in Bombay. Dort wird die „überflüssige und schädliche Konkurrenz der Gablonzer Glasringexporteure“ gebremst, die auf dem indischen Markt eine „gänzlich unerträgliche Situation“ geschaffen hat. Weiter wird festgestellt, daß Gablonz mit den billigen japanischen Massenartikeln niemals konkurrieren kann und seine Position in erster Linie durch die Qualität hält. Was die Ausfuhr von minderwertiger Ware zu Schundpreisen anrichtet, kennzeichnet der amtliche Gewährsmann wie folgt:

„Auf diese Weise wird von uns aus für die niedrigsten Preise die Arbeit des Arbeiters, Erzeugers und Exporteurs ausgebeutet und unverantwortlicher Weise ein bedeutender Teil des Nationalvermögens vergeudet und der Ruf der guten Ware geschädigt.“

Dieser Bericht stammt — wohlgemerkt! — aus dem Jahre 1925. Seitdem ist nichts geschehen, was einer ernsthaften Abhilfe ähnlich wäre, obwohl der Zentralverband der Glasarbeiter in Lannwald unermüdlich darnach rief. Das muß den Urhebern des Ausnahmezustandes heute laut ins Gedächtnis gerufen werden. Die Glasarbeiter haben ihren Existenzkampf

Millionen aufweist. Die Rückstände weisen in allen Ressorts zusammen mehr als vier Milliarden auf, davon über eine Milliarde allein an Einkommensteuer. Die Staatsschuld ist in dieser Zeit um 2,4 Milliarden gestiegen. Der Referent gelangt trotzdem zu dem Schluss, daß die Regierung sich in den Grenzen des Finanzgesetzes von 1924 gehalten habe und die Finanzgebarung einwandfrei sei.

In der Debatte plädierte Remeš (tsch. Soz. Dem.) dafür, daß dem Obersten Rechnungskontrollamt, das von der Regierung nur als ein unvermeidliches Übel angesehen werde, ein größerer Einfluß eingeräumt werde. Er bemängelt jedoch die vielen Kredite, die außerhalb des Budgetrahmens aufgenommen werden mußten und die insgesamt 1378 Millionen betragen; davon erhielt allein das Verteidigungsministerium 411 Millionen. Wenn das Gesamtergebnis günstiger war, als veranschlagt wurde, so sei dies nur der großen Steuerüberlastung zuzuschreiben. Wenn seine Partei sich trotzdem entschlossen habe, für den Rechnungsabschluss zu stimmen, so tue sie dies nur mit der Einschränkung, daß ihr die geforderten Erklärungen gegeben und künftig entsprechende Massnahmen getroffen werden.

Arbeitsch (Kom.) bemängelte, daß der Rechnungsabschluss erst heute zur Verhandlung stehe, obwohl er schon im Juli des Vorjahres vom Obersten Rechnungskontrollamt vorgelegt worden sei. Nach einer scharfen Kritik der Budgetüberschreitungen kommt er auf die Krise der Glasarbeiter im Hergebirge und auf die Verhängung des Ausnahmezustandes zu sprechen. Er protestiert scharf gegen diese Massnahmen und verlangt, daß der Innenminister unverzüglich darüber Rechenschaft gebe.

Grdina (tsch. Agr.) bringt verschiedene agrarische Wünsche vor und verlangt namentlich Unterstützung der Getreideproduktion, Erhöhung des Meliorationsfonds, Durchführung des wasserwirtschaftlichen Programms usw.

Frau Jeminova (tsch. Nat.-Soz.) verweist darauf, daß seit der Bildung der jetzigen Koalition die wichtigsten Lebensmittel bis um 200 Prozent verteuert wurden, wobei die Löhne sinken und die Arbeitslosigkeit steigt. Statt daß die Regierung im Gablonzer Gebiet den beschäftigungslosen Schleifern helfe, schickt sie Gendarmerie dorthin und

nicht mit „Ausbreitungen“ begonnen, sondern die Ausbrüche der Verzweiflung sind erst erfolgt, nachdem jahrelang zuvor die berufene Gewerkschaftsorganisation die Ministerien mit Denkschriften bombardiert und bei den zuständigen Behörden unzähligemale — zumeist erfolglos — Interventionen durchführte. Auch uniere Parteipresse hat schon im Herbst vorigen Jahres in ausführlicher Schilderung auf die katastrophalen Verhältnisse in der Gablonzer Glasindustrie hingewiesen, sie hat mit ihrer Warnung ebenfalls taube Ohren gefunden.

Die heutige agrarisch-zünftlerische Regierungsmehrheit hat eben ganz andere Sorgen. Die Verschlechterung der Sozialversicherung Befähigungsnachweis für Photographen und Zementstufenerzeuger, Militärgesetze, Steuer- und Behrpflichtprivilegien für die Besitzklassen sind ihr viel wichtiger, als eine weitsehende Wirtschaftspolitik im Interesse des arbeitenden Volkes. Der einfache Hinweis darauf, daß der Gablonzer Bezirk im alten Oesterreich mehr Steuern bezahlt hat, als das ganze Land Dalmatien, genügt zur Befräftigung der Wahrheit, daß an der Wiederbelebung und Förderung unserer Exportindustrie der Staat selbst an erster Stelle interessiert wäre. In dieser Richtung sollte die öffentliche Macht allerhöchstens und rückwärtslos eingesetzt werden, gegen die kapitalistischen Industrieherren und gegen die Schuldigen an den bisherigen Verhältnissen. Gebt den Glasmachern des Hergebirges Brot und Arbeit, dann werdet ihr keinen Ausnahmezustand und kein Standrecht brauchen! Denn die ganze „Staatsgefährlichkeit“ dieser gepöbelten und verzweifelt Menschen besteht darin, daß sie leben und nicht verhungern wollen.

verkündet den Ausnahmezustand. Rednerin protestiert dagegen und hält im weiteren Verlauf ihrer Rede der Koalition und namentlich den Nationaldemokraten ihr mehr als ausgeprägtes Sündenregister vor. Sie warnt nachdrücklich und kündigt ebenso rücksichtslose Revanche für die Zukunft an.

Simun (D. Nat.-Soz.) befaßt sich ebenfalls mit den Gablonzer Vorfällen und wirft der Regierung vor, daß sie der schleppenden Krise unübrig gegenüberstehe. Gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes erhebt er gleichfalls scharfen Protest und verlangt die Aufhebung dieser Bestimmungen sowie Hilfe für die Glasindustrie. Der Handelsminister müsse dafür sorgen, daß mit den Nachbarstaaten ehestens Handelsverträge abgeschlossen werden, in denen auf die Gablonzer Industrie Rücksicht zu nehmen wäre.

Kaprstel (tsch. Gew.-Part.) beschäftigt sich vorwiegend mit der Stellung seiner Partei zu der Steuerreform und namentlich zu der Erwerbssteuer.

### Genosse Schäfer

erklärt zunächst, daß bei der Verhandlung des Staatsrechnungsabschlusses die Anwesenheit der verantwortlichen Minister unbedingt erforderlich sei; doch kümmerte sich die Regierung gar nicht darum, was hier vorgehe. In jedem anderen Parlament antworten die Fachminister sofort auf die in der Debatte vorgebrachten Anfragen und Beschwerden, nur bei uns fällt es keinem ein, im Hause Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Erklärungen zu geben.

Bei der Kritik des Rechnungsabschlusses bemängelt Genosse Schäfer zunächst die ungeheuren Budgetüberschreitungen, die auf der Einnahmeseite 1616 und in den Ausgaben 1550 Millionen betragen.

Die Selbstverwaltungskörper haben an staatlichen Zuweisungen aber beträchtlich weniger erhalten als präliminiert war. Bezeichnend sind die Ausgaben für den Militarismus: es wird zwar eine Verringerung der Ausgaben ausgewiesen, aber gerade die bedeutendsten Posten, so die Anschaffung neuer Waffen, weisen eine beträchtliche Erhöhung auf. Auffallend ist ferner, daß die Einnahmen aus Steuern und Zöllen viel höher sind als budgetiert wurde; namentlich die Einkommensteuer trägt um eine halbe Milliarde mehr ein als vorgesehen war. Dagegen blieb die Erwerbsteuer gegenüber dem Vorschlag von 250 Millionen um mehr als die Hälfte zurück. Die Einkommensteuer weiß der Staat namentlich bei dem Arbeiter und Festangestellten bis auf den letzten Heller einzutreiben; die Unternehmer dagegen sind in ständiger, große Teile ihres Einkommens einfach zu verlegen. Bei der Staatsschuld ist auffällig, daß man dreiviertel Milliarden alter Schulden abgeschrieben hat, daß aber die Gesamtschuld sich trotzdem erheblich vermehrt hat.

Ueberhaupt muß man aus den Rissen des Rechnungsabschlusses den Eindruck gewinnen, daß es bei uns glänzend aussieht; im trassen Gegensatz zu diesen aufgepumpten Ziffern steht aber unsere wirkliche wirtschaftliche Lage.

Infolge der Ueberlastung mit Steuern müssen Tausende schwer um ihre Existenz ringen; die Krise wird nun noch vermehrt durch die Auswirkungen der Zollgesetzgebung vom vorigen Sommer, deren unheilvolle Wirkungen Redner ausführlich an Hand einer Statistik über die ungläublichen

Preiserhöhungen der wichtigsten Lebensmittel nachweist. Damit ist auch die unsinnige Behauptung der Zollpartei widerlegt, daß keine Lebensmittelteuerung im Gefolge der Zölle eintreten werden. (Genosse Grünzner: Das war ja ein ausgelegter Schwindel!)

Die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist ausschließlich auf die Zoll- und Steuererhöhung der letzten Zeit zurückzuführen; hätten wir zeitigen Handelsverträge abgeschlossen und hätte man vor allem eine Wirtschaftspolitik getrieben, die den Interessen der arbeitenden Klassen Rechnung trägt, so wäre sicher manches anders und besser.

Eine Industrie ist es vor allem, die seit vielen Jahren unter einer furchtbaren Krise zu leiden hat, das ist

### die Glasindustrie.

Ende der Achtzigerjahre hatten wir in der Glasindustrie ähnliche Zustände wie heute, als die Verblüher durch das Auskommen der Perlmascharen um ihr Brot gebracht wurden. Es kam damals zu ähnlichen Vorfällen wie vorigen Montag im Gablonzer Gebiet. Damals zeigte die Regierung aber mehr Verständnis für die Lage; es wurden sofort Notstandsausgänge geschaffen und die Regierung kümmerte sich um die Hebung der Glasindustrie. Was geschieht aber jetzt? Durch eine große Demonstration, wie sie in Gablonz nur in den Zeiten des Wahlrechtskampfes gesehen wurde, wurde die Regierung

**Aus unserem Abgeordnetenkлуб.**

Donnerstag, den 7. April um 10 Uhr vor-mittag wichtige Klub-sitzung. Volle Präsenz; unter allen Umständen erforderlich.

auf den Notstand der Arbeiter aufmerksam gemacht. Die Regierung hat davon aber über-haupt keine Notiz genommen; niemand kam, um im Verein mit den betroffenen Korporationen zu untersuchen, wie der Glasindustrie aus ihrer Not zu helfen wäre. Der Arbeiter demütigte sich darob helle Verzweiflung und es kam zu den Vor-fällen, über die in der Presse schon berichtet wurde. Die Demonstrationen am vorigen Montag hätten sich trotz allem nicht ereignen können, wenn die Re-gierung nach der großen Demonstration in Wabslon-gierung gegangen wäre, mit den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften über Notstands-maßnahmen zu verhandeln!

Als diese „Ausführungen“ vorüber waren, schickte man ins Hergesbirge ganze Kompanien von Gen-darmen, verhängte den Ausnahmezustand und be-tief sich dabei auf eine Ministerialverordnung aus dem Jahre 1853! (Genosse Vob!): Dazu ist das alte Oesterreich noch immer gut genug! Genosse Grün-zner: Statt Brot blaue Löhne! Ja man droht so-gar mit dem Standrecht und verhaftet Arbeiter!

Wir machen nicht die Gebärmen dafür ver-antwortlich, daß im Hergesbirge die Straßen abge-sperret, alle Leute angehalten und alle Gasthäuser streng kontrolliert werden, ob ja nicht etwa eine verbotene Versammlung stattfindet. (Genosse de Witte: Wo ist denn der Innenminister, der hat doch hier die Befehlsgewalt abzugeben!); die Gebärmen müssen den Befehlen gehorchen, sonst kommen sie um ihre Köpfe!

Verantwortlich sind in erster Linie die politi-schen Behörden und die Regierung selbst!

Durch all diese Maßnahmen wird die Erbitterung nur noch vergrößert und man darf sich nicht wundern, daß sich die Arbeiter gegen eine solche Behandlung scharf zu Wehr setzen.

Die Regierung hätte sofort nach der ersten De-monstration ein Erzeugungsverbot für Schmir-gelware erlassen und hätte Gendarmen ein paar Sachverständige ins Hergesbirge schicken sollen, um einen gangbaren Ausweg aus der Krise zu finden! (Lärm.)

Am großen Teil trägt ja auch die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung die Schuld an diesen Zuständen in der Glasindustrie. Es hätte sicher nicht geschadet, wenn auch einer oder der andere von den Regierungsabgeordneten der Not im Hergesbirge sein Augenmerk zuwenden hätte! (Ge-nosse de Witte: Das interessiert sie nicht). Sie scheinen aber eher damit einverstanden zu sein, daß die Regierung ganz wie im alten Oesterreich auf eine derartige Bewegung

**mit Gendarmen und Standrecht**

antwortet! (Genosse de Witte: Früher haben sich wenigstens auch Bürgerliche dagegen gewehrt; heute aber machen sie der Regierung dabei noch die Mauer!) Selbst in den Achtzigerjahren hat die Re-gierung die Dinge nicht so auf die Spitze getrieben und ist nicht sofort mit ihrem ganzen Machtappa-rat aufmarschiert!

es blieb unserer Regierung vorbehalten, sofort mit Dekretorden zu schaffen. (Bisurufe!)

Wir verwahren uns dagegen, daß man eine große Industrie und viele Tausende von Arbeitern der-artig behandelt.

Warum kann man kein Verbot der Schmirgel-ware erlassen? (Genosse Dackenberg: Das oischo-slawische Erzeugnis wird ja ganz verrufen!)

Die Exporteure wollen auch in Krisenzeiten ihren Gewinn beibehalten und suchen dies durch Ver-schlechterung der Ware zu erzielen. Das schadet aber unserer ganzen Glasindustrie. (Genosse de Witte: Die Regierungsparteien erzeugen hier auch nur Schundware; daher können sie dort die Erzeugung von Schundware auch nicht verbieten!)

Man hätte der Glasindustrie schon längst aufhelfen können, wenn man schon während der Krise im Jahre 1923 eingegriffen und Ver-beugungsmaßregeln getroffen hätte.

Wir klopfen die Regierung einer schweren Ver-sämtnis an!

Die Landmachung des Ausnahmezustandes muß sofort aufgehoben werden.

Es ist für die Tischschloßwerke keine Ehre, sich bei der Niederwerfung der Arbeiterklasse noch auf eine Verordnung aus dem Jahre 1853 zu berufen! Das paßt zu den sonstigen krampfhaften Vertriebun-gen, sich zu „autsterreichern“, absoht nicht!

Wir verlangen, daß über die Vorgänge im Hergesbirge und über die Entschlüsse der Re-gierung, in welcher Weise sie zur Besserstellung der Glasindustrie beizutragen gedenkt, hier im

**Die Bauvorlage im Senat.**

Genosse Polach über die Wohnungs-frage.

In der gestrigen Senats-sitzung wurde die Debatte über die Bauvorlage fortgesetzt. Von unseren Genossen gelangte Sen. Polach zu Worte, der in seiner Rede das ganze Bau- und Wohnungsproblem aufrollte. Er behandelte zu-nächst die grundsätzliche Stellungnahme der So-zialdemokratie zu dieser brennenden sozialen Frage und führte an anschaulichen Beispielen dem Senat den ganzen Jammer der Wohnungsverhält-nisse der arbeitenden Klassen vor Augen. Sen. Polachs Rede war eine temperamentvolle An-klage des heutigen Regierungssystems, das an der Wohnungsnot von tausenden Menschen achlos vorübergeht und nicht alle Kraft anwendet, um endlich den Wohnungslosen zu helfen. Die Ver-antwortung dafür, daß die Wohnungsfrage sich immer mehr verschärft, tragen die bürgerlichen Parteien.

**Genosse Senator Polach**

führte im einzelnen aus:

Die Wohnungsfrage war schon in der Vorkriegs-zeit ein Diefkind der Sozialpolitik, ein Diefkind der sozialen Fürsorge. Für uns Sozialisten ist das tei-neswegs eine überraschende Sache. Die Kapitalisten betrachten auch diesen Zweck der Produktion aus-schließlich unter dem Gesichtspunkt der Kapitalan-lage, der kapitalistischen Rentabilität. Aber aus die-ser Grundeinstellung zu dem Problem ergibt sich, daß der Kapitalist natürlich kein Bedauern darüber empfindet, daß die Menschen heute in unseren Staaten noch mehr zusammengedrückt wohnen wie früher, daß die einzelnen noch weniger Luftraum zur Verfügung haben als früher. Ihn beschwert es nicht, daß zahllose Familien, natürlich ausschließlich proletarische Familien, in Schuppen und Stäl-len, in ausrangierten Eisenbahnwaggons, in Erd-löchern, in Felshöhlen, in Gefängnissen, in Polizeilagerhäusern hausen. Es greift nicht an sein Herz, daß

**Proletarierkinder in solchen physischen Elend, in der Kulturlosigkeit solcher Wohnstätten auf-wachsen,**

unter solchen Gefahren für ihre kindliche Un-schuld und für ihre sittliche Reinheit, wenn sie nicht unter dem Jammer der Wohnungsverhältnisse vor-zzeitig dahinsinken. Doch die Massen, hohlhängigen, hohlwangigen Kinder, die in solchen Wohnungen

haus sofort Aufschluß gegeben wird. Wir ver-langen, daß die beteiligten Minister in offener Sitzung Auskunft darüber geben, ob sie dafür Sorge tragen wollen, daß im Hergesbirge wenigstens den dort noch lebenden Arbeitern eine Verdienstmöglichkeit gesichert wird; die besten Kräfte sind ja vielfach ohnehin schon aus-gewandert.

Wir verlangen von der Regierung aber vor allem, daß sie die Ausnahmeverfügungen so-fort zurücknimmt. Die Regierung und die herr-schenden Parteien sind mit der vollsten Ver-antwortung belastet, wenn die herandfordernden Schritte der Behörden innerhalb der Ar-beiterkraft des Hergesbirges die Lebensschaf-ten noch mehr in Wankung bringen und wenn die Arbeiter in der Abwehr eines schweren Un-rechts zu verzweifeltsten Mitteln greifen sollten.

Die Regierungsparteien müssen bedenken, daß man mit Dekretorden und Standrechts-drohungen soziale Krisen nicht zu lösen vermag! (Lebhafte Beifall!)

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 7. um halb 4 Uhr nachmittags anberaumt.

leben, lauter Tuberkulosekandidaten sind, ist selbst-verständlich. (Zm. Stark: Kampfsache für den Staat ist, daß die Frauen Kinder gebären.) Ja, damit sie zugrunde gehen, denn auch von diesen Kindern sterben bis zum 5. Lebensjahre 40 Prozent dahin, die also für den Friedhof geboren wurden.

Es ist klar, daß angesichts des schrecklichen An-reizes für die private Wohnbautätigkeit dem Staate die Pflicht der Wohnbautätigkeit erwächst, vor allem die Pflicht des Staates, diejenigen, die heute, auf Grund des Mieterschutzgesetzes, in unzu-länglichen Wohnungen zu wohnen genötigt sind, wenigstens vor der Gefährdung dieser unzulänglichen Verhältnisse des Wohnungsbedarfes zu schützen. Am 30. April des nächsten Jahres läuft das Mieterschutzgesetz ab und

**die Feinde des Mieterschutzgesetzes sind bei allen bürgerlichen Parteien zu finden,**

aber auch unter Menschen, die sich Wohnungspoliti-ker nennen.

Aber nicht das Mieterschutzgesetz ist die Ursache, daß nicht gebaut wird, es gibt eine ganze Menge von Ursachen, in denen das Mieterschutzgesetz schon auf-gehoben worden ist, ohne daß es etwas genützt hätte. In Deutschland z. B., wo der Mieterschutz auf-gehoben ist, sind die Mieten nicht bloß valorisiert, die Mietpreise sind vielmehr auf 130 Prozent der Vorkriegszeit gestiegen. Die Ursachen für den unzu-länglichen Wohnungsbau liegen in den Baukosten, nicht in dem Schutz des Mieters, sie liegen in dem teureren Eigentum. Die Hoffnung, als ob die Auf-hebung des Mieterschutzgesetzes eine Aenderung hervor-rufen würde, ist eine Selbsttäuschung, wenn nicht eine bewußte Täuschung der andern.

In früheren Jahren hat ja ein Bauförderungs-gesetz bestanden, das mit Ende 1924 abgelassen ist. Seit Beginn 1925 wird nun dieses Bauförderungs-gesetz verschleppt. Ueber dieses Trögen von sozia-listischer Seite hat im vorigen Jahre die Regierung im Juni einen Gesetzentwurf vorgelegt, in welchem eine Reihe von Bestimmungen des alten Bauför-derungsgesetzes wieder aufgenommen waren. Trotz diesen Mängeln, die dieser Entwurf enthielt, atmete er doch gewissermaßen sozialpolitischen Geist und wäre sicherlich ein geeignetes und brauchbares In-strument für die Bautätigkeit, zumindest aber eine Grundlage für die Beratung im Hause gewesen. Aber wie unfroh die Regierung war, dieses Gesetz einzubringen, dafür ist charakteristisch, daß die erste Beratung des im Juni vorgelegten Gesetzentwurfes erst ein halbes Jahr später, im Dezember in einer einzigen Sitzung den sozialpolitischen Ausschuss be-

schäftigt hat, daß man schon in dieser Sitzung die Verhandlungen abgebrochen hat und daß im Feber dieses Bauförderungs-gesetz zurückgezogen wurde. Das ist der sozialpolitische Ernst, welchen die gegenwärtig rein bürgerliche Regierung aufbringt. Es wird dem gewissenhaften Historiker des tschechoslowakischen Par-lamentarismus das tschechoslowakische Zusammenfallen der sozialen Reaktion mit dem Antritt dieser neuen reinbürgerlichen Regierung nicht entgehen können, es wird ihm die Bedeutung des

**15. November 1925 als des Beginnes einer Ära der Reaktion auf allen Gebieten**

des öffentlichen Lebens nicht entgehen können. Dazu gehört auch das Provisorium des Bauförderungs-gesetzes. An dieser Vorlage ist schon der Name eine Lüge. Es ist wahrhaftig kein Gesetz zur Bauför-derung, zur Baubewegung, es ist

**ein Gesetz zur Baubehinderung.**

Stellen Sie sich einmal vor, wie es mit den gemeinnützigen Baugewerkschaften, ins-besondere mit den Arbeiterbaugewerkschaften steht, welche unzulängliche Mittel diesen zur Verfügung stehen. Es konnte kein einziger Mensch glauben, daß die Bestimmungen des alten Gesetzes, wonach Ge-nossenschaftler nicht mehr als 10 Prozent des Bau-kapitals brauchen, aufgehoben würden. Woher sollen die Genossenschaftlichen die Mittel nehmen, um die Bauten, die sie vielfach begonnen haben, fortzuführen zu können.

**Vergleichen Sie mit diesen Verhältnissen die Zustände und die Wohnbautätigkeit in dem armen Wien,**

in welchem zur Bekämpfung der Wohnungsnot schon bis heute 30.000 Wohnungen errichtet worden sind und in den nächsten Jahren 35.000 neue Wohnungen angeündigt werden. Das bedeutet aber nicht bloß eine Tätigkeit in bezug auf die Wohnungsfrage, sondern, nachdem die Bauindustrie mit Recht als die Schlüsselindustrie bezeichnet werden kann, für eine ganze Reihe von Gewerben auch einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Hunderttausende Menschen, Bauarbeiter, Baugewerbetreibende, Industrieunternehmungen, Kleingewerbetreibende, Kaufleute, wurden durch diese Bautätigkeit mit Brot und Erwerb versorgt. Welch eine herrliche Aenderung in den Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft innerhalb dieser Häuser, dieser neu-errichteten Wohnungen mit ihren Bademöglichkeiten, mit ihrer Entlastung industrieller Arbeit der gestal-ten Hausfrauen, mit ihren Kindergärten innerhalb der Häuser!

Dieses Gesetz ist ein Illustrationsstatum mehr zur Charakterisierung der gegenwärtigen Regierung, die durch einen grenzenlosen Haß gegen den Socialis-mus zusammengehalten wird, durch das gläubige, ungeduldige Verlangen, die allerersten Reste einer sozialpolitischen und sozialfürsorglichen Tätigkeit zu beseitigen, oder, um in der Sprache dieser Herrschaf-ten zu reden, den sozialistischen Schmutz wegzuräumen.

Unsere Partei gibt der Mehrheit Gelegenheit durch Annahme unserer Abänderungsanträge die schlimmsten Bestimmungen dieser Regierungsvor-lage zu beseitigen. Wir geben uns über das Schick-sal unserer Anträge keinen Zweifel hin. Aber wir wollen auch die Mehrheit darüber in keinem Zweifel lassen, daß wir dieses Scheinwerk eines Bauför-derungsgesetzes, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, mit Entschiedenheit ablehnen, daß wir in seinem Zustandekommen eine Behinderung einer nützlichen Bautätigkeit sehen und daß wir die Schuld an seinem Zustandekommen, wenn unsere Abän-derungsanträge abgelehnt werden, den Bürgerpar-teien auflasten, daß wir für seine Wirkung diese allein verantwortlich machen. (Lebh. Beifall.)

Vor dem Gen. Polach sprachen der Senator Bichl (sch. Nat.-Soz.), der das Vorgehen als ein bloßes Plaster auf die offene Wunde unserer Volkswirtschaft, aber als kein Heilmittel charak-

**Die grinsende Fraue.**

Roman von Victor Hugo.

22 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Eines Tages erfuhr die Welt, daß dem alten Verbannten, Lord Linnaeus Clancharlie, allerlei widerfahren war, vor allem der Tod. Der Tod hat für den Betroffenen das Gute, daß er ein wenig von dem Verstorbenen reden macht. Man erzählte sich von den letzten Jahren Lord Lin-naeus', was man wußte oder zu wissen glaubte. Wenn man diesen zweifellos recht unzuverlässigen Erzählungen glauben sollte, so war Lord Clancharlie gegen Ende seines Lebens von seinen republikanischen Ideen noch einmal stark bewegt worden, es sei sogar dahin gekommen, daß er in der Verbannung des Verbannten die Tochter eines Königsmörders, Anna Bradshaw, geehelicht habe; auch sie sei gestorben, aber, so hieß es, bei der Geburt eines Knaben, der nun, wenn all diese Einzelheiten stimmen, der rechtmäßige Sohn und Erbe des Lord Clancharlie war. Diese sehr unbestimmten Nachrichten machten mehr den Eindruck von bloßen Gerüchten als von wirklichen Tatsachen. Was sich in der Schweiz zutrug, war für das damalige England weit weg. Lord Clancharlie wäre bei seiner Heirat neunundfünfzig, bei der Geburt seines Sohnes sechzig Jahre alt gewesen, bald darauf wäre er gestorben unter Hinterlassung dieses Kindes, das nun Doppel-waise war. Möglich war es zweifellos, aber sehr unwahrscheinlich. Es wurde weiter erzählt, dieses Kind sei „schön wie der Tag“, wie es in allen Märchenbüchern heißt. König Jakob machte die-sen offensichtlich unbegründeten Gerüchten ein Ende, indem er eines schönen Tages „in Ermangelung eines rechtmäßigen Sohnes“ den Lord

David Dirty-Moir aus königlicher Nachvoll-kommenheit zum einzigen endgültigen Erben des Lord Linnaeus Clancharlie, seines natürlichen Vaters, erklärte, „nachdem das Nichtvorhanden-sein anderer Kinder oder Nachkommen feststeht worden ist“; darauf wurden die Patente im Oberhaus eingetragen. Krasi dieser Patente über-trug der König dem Lord David Dirty-Moir die Titel und Rechte des verstorbenen Lord Lin-naeus Clancharlie, unter der einzigen Bedingung, daß Lord David ein Mädchen heiraten würde, die in diesem Augenblick erst ein Kind von wenigen Monaten war; aber der König hatte sie in der Wiege zur Herzogin gemacht — man wußte nicht recht warum. Oder wenn man will: man wußte nur zu gut warum. Die Kleine hieß „Herzogin Josiane“.

Dieser kleinen Herzogin verlieh der König die Pairschaft Clancharlie. Sie war Pairsse, so lange, bis es einen Pair geben würde. Der Pair würde ihr Gatte sein. Diese Pairschaft beruhte auf der Baronie von Clancharlie und der Baronie von Hunterville; außerdem waren die Clanchar-lies als Belohnung für eine Waffentat in frühe-ren Zeiten mit königlicher Erlaubnis Marquis von Corkone in Sizilien. Alle Güter, Schlösser, Flecken, Amtsbezirke, Lehen, Renten, Freigüter und Domänen der Pairschaft Clancharlie-Hunter-ville gehörten provisorisch der Lady Josiane, und der König verfügte, daß Lord David Dirty-Moir nach seiner Heirat mit Josiane Baron Clancharlie sein sollte.

Außer der Erbschaft Clancharlie besaß Jo-siane noch ihr Privatvermögen; es waren große Besitztümer, die zum Teil aus Ehenungen stammten, welche die erste Gemahlin Jakobs II. ihrem Gatten gemacht hatte.

Nachdem es Lord David unter Karl und Jakob wohlgegangen war, erging es ihm unter Wilhelm weiter wohl. Sein Jakobismus ging nicht so weit, daß er Jakob II. in die Verbannung

gefolgt wäre. Wenn er auch fortfuhr, seinen rechtmäßigen König zu lieben, so war er doch einsichtig genug, dem Thronräuber zu dienen. Wedrigens war er ein ausgezeichneter, wenn auch ein wenig zuchtloser Offizier; er trat vom Landheer in den Seebienst über und zeichnete sich als Fregatten-kapitän beim wichtigen Westwaber aus. Alles in allem war er ein großer Herr, der die elegante Vasterhaftigkeit sehr weit trieb; soviel wie es sich gehört, äußerst hochfahrig, kurzfristig oder scharf-sichtig, wie es die Belegenheit erforderte, gerne rechtschaffen und ehrlich, kriegerisch oder arrogant — je nachdem; zu jedem tollen Streich bereit, seiner Unhöflichkeit fähig, ein Mann von den feinsten höfischen Umgangsformen, stolz darauf, bei den großen Prunkaufstellungen der Monarchie auf den Knien zu liegen, von beiterer Tapferkeit, nach außen ein Hölbling, im Grunde ein gesanter Held — so war er mit fünfundsiebzig Jahren noch ein Jüngling.

Von seiner Mutter her hatte er ein wenig Geld, ungefähr zehntausend Pfund Sterling jähr-liches Einkommen; das sind zweihunderttausend Mark. Er zog sich aus der Affäre, indem er Schulden machte. Seine Prachtliebe, seine Extravaganz, seine Neuzeitssucht waren ohne Beispiel. Sobald man ihm etwas nachmachte, nahm er eine neue Mode an. Er besaß unerhörte Spitzen, Hüte, die sonst keiner trug, und Spitzenstragen, wie nur er allein sie hatte.

Im Jahre 1705, als Lady Josiane dreiund-zwanzig Jahre alt war, und Lord David vierund-zwanzig, hatte die Heirat noch immer nicht statt-gefunden, und zwar aus den besten Gründen der Welt. Fasten die beiden einander? Keineswegs. Aber was einem sicher ist, treibt nicht zur Ehe. Josiane wollte frei bleiben; Lord David wollte jung bleiben. Sie so spät wie möglich zu binden erschien ihm als eine Verlängerung seiner Jugend.

Als natürliche Tochter des Königs fühlte sich

Josiane als Prinzessin und nahm es sehr genau mit allen Anordnungen. Sie hatte eine gewisse Vorliebe für Lord David. Lord David war schön, aber das war eine Zugabe. Sie fand ihn elegant.

Josiane machte viel Wesens von seinen Pfer-den, seinen Hunden, seinen Spielverlusten, seinen Märessen. Lord David hiewiederum unterlag dem Zauber der Herzogin Josiane, dieses Mäd-chens ohne Makel und ohne Strupel.

Josiane — das war das Fleisch. Ein herr-liches Weib. Sie war sehr groß, zu groß. Ihre Haare hatten jene Tönung, die man Purpurblond nennen könnte. Sie war üppig, frisch, robust, rosenrot und ausnehmend schön und geistvoll. In ihren Augen war allzu leicht zu lesen. Einen Ge-liebten hatte sie nicht — auch keine Keuschheit. Sie verschonte sich hinter ihrem Stolz. Die Män-ner — phii, höchstens ein Gott war ihrer würdig; oder ein Ungeheuer. Wenn Unnahbarkeit Tugend ist, so war Josiane das tugendhafteste Geschöpf, aber es fehlte ihr jede Anschuld. Scheinbar leicht zu haben und dabei unerreichbar zu sein, das war ein Meisterwerk. Josiane fühlte sich als Majestät und Materie. Ihre Schönheit war be-klemmend; sie bezauberte nicht, sie radte. Josiane zertrat Herzen; sie war irdisch. Hätte man sie eine Seele in ihrer Brust sehen lassen, so wäre sie ebenso erstaunt gewesen, als wenn man ihr Flügel an ihren Schultern gezeigt hätte. Sie führte gelehrte Gespräche. Sie beherrschte die höfischen Formen. Es hieß, sie verstünde Arabisch.

In den Sitten jener Zeit spielte die Vor-liebe für das Mißgestaltete eine Rolle, besonders bei den Frauen, und sonderbarerweise bei den schönen Frauen. Maria Stuart war „liebens-würdig“ gegen einen Budligen, Rizzio; Maria Theresie von Spanien hatte sich mit einem Neger in Vertraulichkeiten eingelassen — daher die „schwarze Leibdienerin“.

(Fortsetzung folgt.)



### Die blutigen Ereignisse von Hankau.

Shanghai, 5. April. (Reuter.) Meldungen aus Hankau zufolge wurden bei dem Zusammenstoß zwischen Japanern und Chinesen zehn Chinesen und zwei Japaner getötet. Auf beiden Seiten sind viele Verletzte. Sieben Japaner wurden als Geiseln zurückbehalten. Das japanische Krankenhaus und zwei japanische Arbeitsplätze wurden geplündert und in Brand gesteckt.

### Beethoven und Schiller, Richard Strauß und die „Bohemia“.

Ein Wig von Richard Strauß. Richard Strauß hat anlässlich der Jahreshauptfeier Beethovens im Dresdener Opernhaus die Neunte Symphonie dirigiert. Seine Auffassung der Nummer war von jeder Romantik, von jedem Hineintragen eines spezifisch modernen Zeitgeistes, also auch von allem Sentimental frei, klassisch. In der Probe leistete sich Strauß einen hübschen Scherz, der besonders verständlich wird, wenn man an Völkerverbund, China und anderes denkt: Man kam zu der Stelle: „Alle Menschen werden Brüder“ — da hielten die Ausführer, wie sie es gewohnt waren, hart durch. Strauß klopfte ob und fragte: „Meine Herrschaften, diesen Schillerschen Wig nicht zu sentimentalisieren!“

Dass die „Bohemia“ diesen hübschen Scherz „verständlich“ findet, erscheint uns durchaus nicht als das Ärgere. Sie ist ja immerhin hundert Jahre alt, und da darf man sich über solchen Marasmus nicht wundern. Traurig nur, daß dieses Greisenantlitz, das sonst sich immer jugendlich aufzuklären versucht, gerade im Jubeljahr für Beethoven sich an diesem und an Schiller mit seinen typischen Häkeln herantastet. Aber weit unangenehmer noch als dieses Wiberständnis der „Bohemia“ wirkt der „Wig“ selber, zumal aus dem Munde eines der ersten Musiker unserer Zeit. Richard Strauß hat ja schon zu verschiedenen Malen die Welt durch Geschnallosigkeiten davon überzeugt, wie weit er von modernem Zeitgeist und wie weit er aber auch von der wirklichen Klassik entfernt ist. Aber die Schillersche Worte, die den Geist der Menschheitsverbrüderung animen, durch Beethovens Musik erhaben zum Ausdruck gebracht, als Wig zu bezeichnen — dazu gehört eine trotz allen Klügelstücken sehr unästhetische Gesinnung, die respektlosen Sentimentalismus und rufführendes Spielertum zur Grundlage hat.

Evangelischer Sittlichkeitsklub. Der evangelische Frauenbund Berlin, ein Verein veranlagter Mittelschichten, veranlaßt einen Groß-Berliner Sittlichkeitsklub unter dem Titel: „Wie sieht's bei Dir zu Hause aus?“. Im „Soz. Presseblatt“ schreibt dazu J. K. Müller: „Wie sieht's bei Dir zu Hause aus? Welchen doch einmal die evangelischen Damen in die Wohnstuben der arbeitenden und arbeitlosen Massen des Volkes hineinsehen! Wenn sie dann die Döner der sittlichen Kapitalistischen Ordnung, die Opfer der Monarchie und ihres sittlichen Krampfes erblicken, wird ihnen vielleicht doch die Erkenntnis dämmern über das Weile und Weher der sogenannten Unstittlichkeit. Vielleicht würden sie fragen ob ihrer Veranlagungen jene notwendige Scham empfinden, wenn sie die sittliche Größe des sozialen Kampfes, den die humorvollen und dachbrüchigen Massen unseres Volkes täglich und stündlich mit ihr Dasein und um ihr Wohlergehen führen, vielleicht würden sogar die Sittlichkeitsklubmitglieder in ihr eigenes Haus gehen und nachsehen, wie es dort aussieht, und ob nicht der Herr Gemahl als Herrschaftsdirektor oder Großgrundbesitzer ein wenig mehr dazu beitragen könnte, seine Industrie- oder Landarbeiter und die Familien der kleinen Beamten und Angestellten auf der Höhe des sozialen Glanzes herauszuheben, in denen alle jene Weile wurzelt, die man durch zwanzig Veranlagungen bestreuen zu können glaubt. Dann aber die heidnischen Damen der evangelischen Frauenbund: den Heilensgeruch nicht verteilen können. So möge ihnen folgende Notiz aus einem ihrer Zeit- und Wochenblätter eine Ahnung dämmern lassen: In Kopenhagen erhängte sich am 2. März ein 14-jähriger Junge mit seinem Schwert. Als die Mutter von der Nachricht aus der Anstalt heimkehrte, fand sie einen Brief mit folgenden Worten vor: „Liebe Mutter, das Schwert habe ich vergessen. Das Geld für das Bier und die Apfelmännchen habe ich mir durch Geklüppeln verdient. Gruß Georg.“

Was sich im Lande der fortgeschrittensten Kultur bei Chicago haben sieht. Cheinmänner zu einem Verein zusammenschlossen, um bereinigt die an die Fernverbreitung Rechte zurückzuerlangen. Der Verein soll bereits mehrere tausend Mitglieder zählen. Jedes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, häusliche Arbeiten nur noch im Falle der Krankheit der Frau zu verrichten, und wöchentlich einen Abend außerhalb des Hauses zuzubringen ohne der Frau Rücksicht abzulegen.

Die blaue Kette. Eine Kettenschmiedin, die gegenwärtig in London tätig ist, enthält mehr als 4000 verschiedene Exemplare, von denen viele neuartige Farben und Formen darstellen. Die phantasievollsten Farben sind erteilt worden. So gibt es eine rote Art, die eine helle Mandelfarbe zeigt; eine andere Reihe ist orangefarb mit purpurnen Flecken, wieder eine andere rot- und mandelfarben mit einem darüberliegenden Silbergrauen Ton. Solche erstellten Farbentwürfen werden von den Kettenschmiedern besonders bevorzugt. Aber der höchste Ehrgeiz der Kettenschmiedin ist noch nicht erreicht; es fehlt die blaue Kette. „Wir haben viele neue Kettenschmiedungen in diesem Jahr auf den Markt gebracht“, jagte der Ver-

## Der Kriegaanleihe-Betrugsprozess gegen Salda, Groh und Konforten.

Prag 5. April. Nach Verlesung der Anklageschrift wird der Angeklagte Franz Josef Groh, Direktor der „Produktiva“ in Prag, einvernommen. Groh ist der Typus eines Vorkämpfers im üblichsten Sinne, abstoßend in seinem Aeußeren, seinen Gesten und seiner beschränkten Arroganz. Er erklärt sich für nichtschuldig. Seine Vorbildung für seinen Spezialberuf waren zwei Klassen Handelsakademie. Es genügt ihm, um in Millionengeschäften ein entscheidender Faktor zu werden. Realitäten wie Semeln zu kaufen und zu verkaufen, sich ein Heer von Beamten zu halten. Der ganze Betrugprozess ist nicht so sehr durch die simple Art des Betruges der Unterziehung im Ausland erworbenen, wertvollen Kriegaanleihen für Subskriptionszwecke einer neuen, hier gültigen Anleihe, sondern von der physischen Seite aus interessant, weil er zunächst zeigt, was für eine „sozialistische“ Partei die der tschechischen Nationalsozialisten ist, in der solche moralisch minderwertige Elemente in den Beratungen des Parteisekretariates den entscheidendsten Einfluß hatten und ihre Geldinstitute führten, und „organisierten“, ferner weil der Prozess wieder die ganze Unmoral eines kapitalistischen Staates bloßlegt, in dem es möglich ist, wenn die Stampfplatt „Bank“ auf ein Formular gedruckt wird, Millionenprellereien am Staatsvermögen zu begehen, während Hunderte und Tausende von kleinen Leuten, Witwen, Waisen und kleinen Sparern auf rechtmäßig erworbene Kriegaanleihen, auf ein paar Kronen lautend, nicht einen Heller im Subskriptionswege erhielten, wenn sie die Anmeldebücher vorräumten oder irgend eine Formalität nicht erfüllt hatten. Tausende von Kleinrentnern und armer Menschen sind durch die Hypothek der Finanzprokuratur so um den letzten Rest pfennig gebracht worden, während hier mit Millionen Schwindel getrieben wurde, dessen Ertrag in private Taschen floß und verpröft und verjubelt wurde.

Groh kann auf die Frage, woher er die Kriegaanleihe hatte, keine Auskunft erteilen, er redet hin und her, daß die Leute ihm heute nicht mehr bekannt seien, er sei telefonisch in eine Sitzung des Parteisekretariates der tschechischen Nationalsozialisten bestellt worden, wo man ihn von der mündlichen Lage der Geldinstitute in Prag und Opatowitz Mitteilung gemacht hätte. Salda war nicht dort. Tagegen der Senator Sokl und der Direktor der „Rachodská Založna“ Vanaš. Er hätte vorgeschlagen, durch Hebung der „Freiheitsanleihe“ das Rachoder Unternehmen zu sanieren. Zur Durchführung mittels Deduktion durch alte Kriegaanleihen habe er sich erdient gemacht.

Sokol Avajil: Nur, daß Sie uns nicht sagen können, woher Sie diese Kriegaanleihen hatten! Woher brauchten Sie dann die Bankinstitute zur Zeichnung?

Groh: Ich tat es aus Liebe zur Partei. Ich sagte, andere verdienen, es ist jetzt so günstig, Kriegaanleihen gegen Freiheitsanleihe einzutauschen, weshalb wollt ihr nicht auch verdienen?

Sokol Avajil: Was Sie für ein nobler

treter der größten Firma von Kettenschmiedern, die über eine Million Exemplare in ihren Dreihäusern besitzt, „aber der Zehnstrahlstrahl, eine blaue Kette zu ziehen, ist noch so fern wie je. Blau ist die Farbe, nach der alle Kettenschmied streben, und der Mann, der eine solche blaue Kette auf den Markt bringen könnte, würde ein Vermögen verdienen.“

Ein Nabelwunder. Unser südböhmischer Parteiblatz erzählt folgende kleine Anekdote aus Fräusenhut: In den entlegenen Böhmerwaldorten ist das Kartenspielen noch immer eine Lieblingsbeschäftigung der Männer. Die Frauen sehen es nicht gerne, aber die Männer wollen davon nicht lassen. Auch der Josef spielt gern, und um die'm Genuß huldigen u können, erklärte er eines Sonntags,

Mann sind! Wenn Sie schon der Partei solche Präzente machen wollten, weshalb taten Sie es nicht im eigenen Namen, sondern durch die diversen Bankinstitute? Und ließen diese Institute dazu noch Ihre Kriegaanleihen verwenden! Was für eine Liebe Sie doch zur Partei haben müssen und was für ein nobler Herr Sie sind! (Gelächter.)

Die Einvernahme des Angeklagten Rudolf Novák (in Sträflingskleidern) ergibt, daß die Rachodská Založna 400.000 Kč zur Sanierung von Groh erhielt. (Der Direktor Vanaš wurde inzwischen in Haft genommen.) Er hatte angeblich keine Ahnung, auf welche Weise Groh sich die Sanierungsgelder verschaffte, er hielt Groh für einen Millionär. Er legte erschrocken, im Parlaamente die Minister Franke und Stříbrný wegen der Kriegaanleihe mit Groh zusammen aufgesucht zu haben. Er sucht die nationalsozialistische Partei zu entlasten.

„Wir alle, die wir hier sitzen“, sagt er pathetisch, „sind unschuldig.“ Er beklopfte sich, daß er nicht die Haft unterbrechen durfte (er sitzt wegen des „Kotva“-Schwindels), um draußen Schritte zu seiner Verteidigung unternehmen zu können. Er habe die ganze Sache für recht gehalten. Simek, der Sekretär der Práha, sprach von der Sanierungsdaktion der Založna in Rachod mit den 400.000 Kč wie von einer selbstverständlichen Sache.

Dostal gibt zu, 5000 K Provision extra von Groh erhalten zu haben, was er mit dem Gelde machte, daran erinnere er sich nicht mehr. Er habe keine Ahnung, daß die Kriegaanleihen Grohs aus dem Auslande stammten.

Vertreter der Finanzprokuratur Dr. Stejzer: Wer gab Ihnen die Bekleidung („Kotva“), sich an der Subskription zu beteiligen?

Dostal: Das Sekretariat der nationalsozialistischen Partei!

Nun wird Salda einvernommen. Er verteidigt sich gewandt, daß er bona fide gehandelt hätte, er wisse nichts von den Machinationen Grohs, hielt die Sache für recht, da ja auch die Provision bezahlt wurde, die Unterchrift in Práha auf die Subskriptionslisten habe er im Drange der Geschäfte Práha gesetzt, weil er tatsächlich eine Menge solcher Sachen als Direktor des „Metallwerk“ bekam, mit Arbeit überhäuft war. „Aber ich nur die geringste Ahnung, es nur ein Bedauer gehabt, daß etwas in der Fertigung der Kriegaanleihe nicht in Ordnung ist, ich hätte nie und nimmer mich auf diese Sache eingelassen!“

Als letzter wird Kozelch einvernommen. Dann folgt die Zeugenaussage. Als erster Zeuge wird ein Adolf Eisner, Kaufmann in Wien, befragt. Er erklärt die Unterschrift auf einer von Groh eingereichten Subskriptionsliste für falsch. Dann aber sieht er Herrn Direktor Groh wieder zu entlasten. „Herr Groh erlaube sich noch heute in Wiener Vorlesungen des größten Amchens.“ Das für Wiener Vorlesungen das sein mögen, darüber äußert sich Eisner allerdings nicht.

die Frau solle nur ruhig in die Kirche gehen, er wolle für sie das Notizen übernehmen. Die Kartenspartie kam zustande und Josef, als leidenschaftlicher Spieler, verlor ganz und gar aus Notizen. Als Waberl von der Kirche kam, o Schreck, war der Ofen kalt und nichts gelocht. Natürlich hat es doch einen Spezialfalle gegeben, bei dem auch die Schlüssel eine Rolle spielen. Dies blieb nun nicht im End und ein Winkler sagte zum Waberl, das hätte sie nicht machen sollen, die Szene sei beim Schmelzer von Buchwald im Radio zu hören gewesen. Dieser Fortschritt der Technik ging nun dem Waberl nicht aus dem Kopf, und da der Postmeister auch einen Radioapparat besitzt, fragte sie ihn, ob er auch etwas gehört habe. Als er verneinte, fiel dem Waberl ein Stein vom

### National-Film-Galerien.

Schon seit den ältesten Zeiten hat sich die Menschheit bemüht, das Andenken ihrer hervorragenden Zeitgenossen in Ueberlieferung, Schrift und Bild für die Nachkommen zu sichern. Der denkende Teil der Menschheit wird zu allen Zeiten bemüht sein zu wissen, wie die führenden Persönlichkeiten aus längst vergangenen Zeiten ausgesehen haben, damit man sich über die einstigen Zustände und deren auffallendste Erscheinungen ein möglichst klares Bild machen kann. Das fast abstrakte Wort von der „Unsterblichkeit“ ist im Wesen der Menschheit tiefer verwurzelt als man sich denken annehmen würde: es ist die begreifliche Sucht der sterblichen Erdenbewohner, die bedeutendsten Taten ihrer Söhne und Töchter für immer in die ehernen Tafeln der Weltgeschichte leuchtend und unverwundlich einzuräumen, um das ewige Urrecht von der Vergänglichkeit alles Irdischen gewissermaßen Wägen zu lassen.

Die vollkommenste Art, eine wahrheitsgetreue und lebendige „Unsterblichkeit“ zu schaffen, blieb dem Film vorbehalten. Vor kurzem ist ein bedeutender Filmhauspieler gestorben: Rudolf Valentini. Seine körperliche Hülle ist für ewig von der Erdoberfläche verschwunden, doch in seinen zahlreichen Filmen bleibt er stets lebendig. Und wie wir es heute als selbstverständlich betrachten, daß ein Filmhauspieler im Film unsterblich bleibt, wird es uns in kurzester Zeit ebenso natürlich erscheinen, daß alle unsere Größten in Arbeit und Ruhe, im Heim und auf der Straße, genau so, wie sie einst gelebt haben, in lebendiger Form erhalten bleiben.

Der Gedanke ist so einfach und selbstverständlich, daß wird jedes Volk seine eigene National-Filmgalerie haben, ein nie veraltetes Bildwerk, das alle seine hervorragenden Vertreter für die fernste Zukunft in lebendigen Bild festhalten wird. Zur geistigen Unsterblichkeit: Wäher von oder über einen Menschen) und zu den starken Bildbildern kommt nun ein verwirklichtes Märchen, denn auf Wunsch der Nachfahren wird jeder einst Verstorbene auf der silbernen Leinwand immer von neuem zu seinem einstigen Leben erweckt werden können. Es wird zwar nur ein Schattenbild sein, aber die Illusion wird dennoch vollkommen erreicht werden, jedenfalls vollkommener als mit allen bisher bekannten Mitteln.

Der Prager Favorit-Film (Wias & Cie.) hat sich unmittelbar nach dem Unfall im Jahre 1918 zur hauptsächlichsten Aufgabe gestellt, alle großen Männer und Frauen des tschechischen Volkes auf den Bildstreifen zu bannen. Mit liebevoller Sorgfalt ging man ernst an die Arbeit, über deren erzieherischen, kulturellen und letzten Endes auch nationalen Wert man wohl kein überflüssiges Wort zu verlieren braucht. Und nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten dieser und jener Art — hauptsächlich natürlicher finanzieller Natur, denn der Staat, der in allererster Linie an einem ähnlichen Unternehmen Interesse haben sollte, hat zwar für Militär, Neubau von Kasernen und Neuanschaffung von Rüstungsgegenständen genug Geld, aber für kulturelle Zwecke jedenfalls keinen einzigen Heller — hat man bis heute schon über 140 Personen, die in der Politik, in der Kunst und in der Wissenschaft eine bedeutende Rolle spielen, auf den Filmstreifen gebannt. Schon heute, erst kurze Zeit nach dem Beginn des lobenswerten Unternehmens, läßt sich sein unbeschätbarer Wert würdigen: einige der aufgenommenen Per-

Prager Kurse am 5. April

	Geld	Ware
100 holländische Gulden . . . . .	1840.25	1355.25
10 Reichsmark . . . . .	708.25	802.25
100 Belas . . . . .	468.12 1/2	471.62 1/2
100 Schweizer Franken . . . . .	647.75	6 0.75
1 Pfund Sterling . . . . .	163.45	164.65
100 Lire . . . . .	162.80	164.20
1 Dollar . . . . .	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franken . . . . .	132. —	133.20
100 Dinar . . . . .	59.25	59.75
100 Rens . . . . .	589.75	592.75
100 polnische Bloth . . . . .	377.50	383.50
100 Schilling . . . . .	474.25	477.25

Herzen und sie versprach ihrem Josef, daß sie es nimmer so machen wird, was natürlich der Josef mit frohem Herzen aufnahm.

Aus der Verzogenheit des Sozialistenhegers Mussolini. Das Schweizer sozialistische Blatt „La Seminele“ druckt folgende Notiz ab, die es am 24. April 1904 gebracht hat:

Protest. Die italienische sozialistische Sektion von Neuchâtel bedauert die Unstätigkeit der königlichen italienischen Kommissar gelegentlich der Ausweisung des Genossen Benito Mussolini und protestiert gegen das Verhalten der Genfer Behörden, die jeden Augenblick das Gestrich verlegen, besonders, wenn es sich um italienische Arbeiter handelt.

Heute vertreibt Mussolini die sozialistischen Arbeiter aus der Heimat, unter ihnen vielleicht diejenigen, die sich damals so warm seiner angenommen haben.

Der erste weibliche Geschwornenobmann. Zum erstenmal in Oesterreich, vielleicht in ganz Europa, hat in der vorigen Woche im Prozeß Delmer eine Frau das Verdikt der Geschwornen verkündet. Auf der Geschwornenbank saßen zwei Frauen. Eine davon, Thekla Krause, die Gattin eines Gewerkschaftsbeamten, ist ihren Kollegen durch ihre ruhige Objektivität und kluge Zurückhaltung aufgefallen. Als die Geschwornen sich in ihr Beratungszimmer zurückgezogen, wurde sie einstimmig zur Obmannin gewählt und übertrugte ihre Kollegen durch ihre sichere Art, mit der sie Diskussion und Abstimmung zu leiten verstand. Es ist kein Zufall, daß Thekla Krause eine Funktionärin der sozialdemokratischen Partei ist. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist unter Sozialdemokraten keine leere Phrase. Männer wie Frauen werden auf die Vertrauensposten der Partei gestellt und üben sich in den vielen Sitzungen und Konferenzen nicht nur im Denken und Reden, sondern auch in der Führung der Geschäfte öffentlicher Körperschaften. Thekla Krause hat während des Krieges in einer Munitionsfabrik gearbeitet, um für sich u. ihren Sohn das Brot zu verdienen. Heute widmet sie jede freie Minute ihres Tages der Partei.

Der in diesem Jahre zurückgewanderte Gligg-Stieker-Komet ist am Abend des 21. März auf der Gamburgster Sternwarte durch Direktor Professor Schorr im Sternbild des „Orion“ festgestellt worden. Das Gestirn, das sich in nordöstlicher Richtung bewegt und nur die Helligkeit der 40. Größenklasse zeigt, wird nach der vorliegenden Bahnrechnung im Mai seine Sonnennähe bei einem Abstände von 133 Millionen Kilometer erreichen. Die Umlaufzeit beträgt 49 Jahre.

30.000 amerikanische Millionäre. Die Steuerstatistik der Vereinigten Staaten für 1925 ist nunmehr erschienen und läßt erkennen, daß 207 Steuerzahler ein jährliches Einkommen von über einer Million Dollar verdienen. Von diesen haben 104 ein jährliches Einkommen bis 1 1/2 Millionen Dollar, 43 bis 2 Millionen, 29 bis 3 Millionen, 15 bis 4 Millionen, 9 bis 5 Millionen und 7 über 5 Millionen Dollar. Auf den Tag umgerechnet haben diese sieben 500.000 Kronen Einkommen. Aus den Steuerlisten ergibt sich weiter, daß es in den Vereinigten Staaten über 30.000 Dollarmillionäre dem Vermögen nach gibt. Ihre Zahl ist in dem ersten Jahr von 1924 auf 1925 von 21.061 auf 30.205, also um 214 gestiegen.

lonen, deren Namen auch außerhalb der Grenzen bekannt sind, zählen schon zu den Toren (z. B. Milan Stefanik, der erste tschechische Kriegsmilitär, der ein bedeutender Sternstärker war, Alois Rasin, der erkrankte Finanzminister, Jan Sturz, der bekannte Bildhauer, der sich vor kurzem erschossen hat, Eliska Krásnohorská, die im November vorigen Jahres hochbetagt gestorben ist u. v.). Von den lebenden Größen hat man fast ohne Ausnahme alle gefilmt. Den Präsidenten Masaryk, den Schriftsteller Nival, den Dichter Machar, dann Künstler vom Rang eines Kubelk, Copek, Sedek und andere, in der Gesamtzahl von etwa 140 Personen. Selbstverständlich wird die Bildreihe fortwährend fortgesetzt bzw. ergänzt, und unter anderem auch als Unterlage für die Schaffung eines tschechischen Filmarchivs benötigt werden. Man muß objektiv bemerken, daß bloß in Frankreich Anlässe zu einer Film-Galerie zu finden sind und dann vielleicht noch in Amerika, wo allerdings alles im Rahmen der ersichtlichen Wochenhauer- und sonstigen aktuellen Filme gefilmt wird, so daß die tschechische Republik schlechter als der erste Staat gelten kann, wo man sich Abicht die Aufnahmen bloß für die Film-Galerie anschafft.

Die Frage der Schaffung von National-Film-Galerien wird wohl in allen Staaten bald aktuell sein, ebenso wie die Schaffung eines staatlichen Filmarchivs. Diese beiden Forderungen, die vollen Anspruch nicht nur auf die Teilnahme der Öffentlichkeit, sondern noch im erhöhten Maße auf die der Behörden und des Staates erheben können, sind zu ihrer Verwirklichung außer einigen Grundrissen in allererster Linie Geld, und es wäre zu wünschen, daß sich alle maßgebenden Kreise recht bald dieser Selbstverständlichkeit bewußt würden.

Zwei Spione in Thorn hingerichtet. Vor dem Militärgerichte in Thorn fand im standgerichtlichen Verfahren die Verhandlung gegen zwei Offiziere der polnischen Armee, namens Urbania und Piontel statt, welche unter der Anklage der Spionage zugunsten Deutschlands standen. Die Verhandlung ergab, daß die Angeklagten an Deutschland die polnischen Verteidigungspläne von Pommern ausgeliefert haben. Nach dreitägiger Verhandlung wurden die beiden Angeklagten zum Tode durch Erschießen verurteilt. Der Präsident der Republik lehnte das Gnadengesuch der Verurteilten ab, worauf die Hinrichtung Montag abends erfolgte.

Sieben hingerichtete Räuber. Nachrichten zufolge, die der mexikanische Kriegsminister erhielt, wurden sieben Mitglieder der Räuberbande, die den amerikanischen Ingenieur Willins ermordeten, in Guadaluajara vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Vor den Augen der Braut erschossen. In einem Hotel in Berlin erschoss sich am Samstag vormittag der 27jährige Kaufmann Hans Konn vor den Augen seiner Braut. Das Mädchen wollte den Brautigam abholen, um die künftige Wohnung zu besichtigen, da die Deputat bedorftand. Jetzt mußte der Brautigam zugeben, daß die Angaben über seine Stellung, die in Aussicht stehende Wohnung usw. nicht stimmten. Während der Auseinandersetzung griff er plötzlich zur Waffe.

Eine blutige Stadtratssitzung. Wie aus Agram gemeldet wird, kam es in der morgigen Sitzung des Stadtrates zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen kroatischen Föderalisten und den kroatischen Bauernverbänden. Während Bürgermeister Dr. Heinzel eine Rede über die Forderungen der föderalistischen Stadtratsmehrheit, betreffend die Losreinerung der Stadt Agram vom Agrarverwaltungsbereich, hielt, versuchte der kroatische Bauernbündler Dr. Kofutic den Bürgermeister am Reden zu verhindern. In dem dadurch entstandenen Tumult wurden die beiden Bauernbündler Dr. Kofutic und Herak blutig geschlagen. Sie begaben sich hierauf in die autonome Stupschina des Agrarverwaltungsbereiches, in welcher die kroatischen Bauernbündler die Mehrheit besitzen. Die Abgeordneten der autonomen Stupschina drohten, in das Magistratsgebäude einzudringen, nahmen jedoch hievon angeichts der vom Bürgermeister Dr. Heinzel ergriffenen vorläufigen Maßnahmen Abstand.

Arbeit und Radio. Die Vereinigung der Arbeiter von Buzak teilt in ihrem Monatsbericht für Jänner mit, daß sie beabsichtigt, in allen Betrieben ihrer Mitglieder Anschluß an den Rundfunk, Installation von Lautsprechern durchzuführen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß es gelingt, das Geräusch der Maschinen so weit zu dämpfen, daß die Darbietungen des Rundfunkprogrammes überhaupt gehört werden. Versuche in dieser Richtung sind im Gange und versprechen gute Fortschritte.

Opernsänger und Erzherzogin. In Wien gehen Gerüchte um, daß die Tochter des ehemaligen Erzherzogs Joseph seit einigen Tagen mit einem bekannten Mitglied der Wiener Oper verschwunden sei. Man spricht von Entführung des 20jährigen Mädchens, das den Sängern bei verschiedenen Konzerten kennen gelernt hatte.

Alkoholverbot für Jugendliche in Norwegen. Das Gesetz, das die Alkoholverbote nach Aufhebung des Branntweinmonopoles regeln soll, ist jetzt vom norwegischen Parlament verabschiedet worden. Es zeigt, daß die Anhänger starker Einschränkungen des Verkehrs mit Alkohol die Mehrheit im Parlament haben, indem es mit neun Stimmen das Recht, Konzessionen für Branntweinausschank zu erteilen, gibt und den Verkauf von Branntwein an Personen unter achtzehn Jahren überhaupt verbietet.

Die größte Kunstfabrik. Der Wiener Eislaufverein beschloß in seiner Generalversammlung die Ausgestaltung der Gefrierplatte um weitere 2000 Quadratmeter, so daß dadurch Wien die größte Kunsteisbahn haben wird.

Ein schiefwüchziger Liebhaber. Der Schlosser Fritz Marchant in Berlin hatte mehrere Jahre mit einer jungen Witwe, Frieda Piesch, zusammengelebt. Schließlich entdeckte er Anzeichen von Untreue der Geliebten und es kam zu einer Trennung. Doch er bestand auf einem letzten Besuch in der Wohnung. Als er hier erschien, öffnete ihm sein Nachfolger. Darüber verlor der betrogene Liebhaber völlig den Kopf. Er zog einen Revolver und schoß blindlings in der Wohnung herum. Alle Augen bis auf eine gingen schl. durch diese wurde Frau Piesch jedoch schwer verletzt. Nach der Tat wollte Marchant Selbstmord in der Sprae begehen, daran konnte er aber noch rechtzeitig gehindert werden. In einem Abschiedsbrief an seine Untreue hatte er erklärt: „Ganz Berlin soll vom Ende unserer Liebe hören.“ Vor dem Schwurgericht, wo sich Marchant wegen versuchten Totschlags zu verantworten hatte, wurde er von seiner früheren Freundin stark entlastet, indem sie u. a. zugab, daß sie starke Veranlassung zur

Eifersucht gegeben habe. Daraufhin lautete das Urteil auf 9 Monate 2 Wochen Gefängnis.

Fabrikexplosion bei Berlin. In Mißhaus der Feuerwerksfabrik von Deichmann in Malchow bei Berlin entstand am Montag nachmittags gegen 3 Uhr eine starke Explosion, durch die zwei Häuser zerstört wurden. Der 18 Jahre alte Arbeiter Walter Herzog, der allein im Gebäude war und auf den wahrscheinlich die Explosion zurückzuführen ist, hat den Tod gefunden. Der Sachschaden dürfte 15-20.000 Mark betragen.

Eine Mörderin selbsterlöset. Vor einem Pariser Schwurgericht wurde Leonie Gerard, die ihren Geliebten durch einen Revolverbeschuß getötet hatte, freigesprochen. Seit 25 Jahren hatte sie ein Liebesverhältnis mit dem Kaufmann Deprez, dem drei Kinder entsprossen waren. Diese Kinder ergoz die Frau des Kaufmanns, da die Ehe kinderlos war. Als Deprez das Verhältnis lösen wollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und dem tödlichen Schuß. Nach der Tat wollte sie die Frau selbst das Leben nehmen, wurde aber rechtzeitig daran gehindert.

### Gerichtssaal.

#### Das Klagerrecht der Gewerkschaften!

Die wichtige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes.

Der Oberste Gerichtshof in Brünn hat mit Erkenntnis vom 27. Dezember 1926, Bl. I, 539/26/1, eine Entscheidung vom allgemeinen Interesse gefällt. In den Nummern 200 und 210 der „Internationale“ war unter anderem auch der „Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie“ in seiner Ehre empfindlich verletzt worden. Der genannte Verband überreichte gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Internationale“, sowie gegen den Verfasser der Zeitungsartikel, den kommunikativen Sekretär Franz Belak, beim Kreisgericht in Leitmeritz den Antrag auf Verfolgung gegen die Sicherheit der Ehre. Während der Schriftleiter der „Internationale“ außergerichtlich Genugtuung leistete, ließ es Franz Belak darauf ankommen, daß der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie gegen ihn die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre vor dem Schöffengericht in Leitmeritz erhob.

Gegen diese Anklage des Internationalen Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie erhob Franz Belak den Widerpruch, so daß die Angelegenheit dem Oberlandesgerichte in Prag zur Entscheidung vorgelegt wurde. Das Oberlandesgericht in Prag hatte nun nachträglich am 20. April 1926, G. 3, Tob. 169/26/1 zu Recht erkannt, daß die Privatklage des Internationalen Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie mit dem Tite in Aussicht gegen Franz Belak nicht zugelassen und das Strafverfahren über diese Anklage eingestellt wird.

Das Oberlandesgericht in Prag vertrat nämlich die Ansicht, daß der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie nicht zu jenen gesetzlich anerkannten Körperschaften gehört, welchen nach § 492 St. G. das Recht zusteht, bei Ehrenbeleidigungen als Verband zu klagen. Diese Ansicht begründete das Oberlandesgericht damit, daß im § 492 St. G. der Begriff der gesetzlich anerkannten Korporation nicht näher bezeichnet ist und daß das Strafgesetzbuch in den §§ 491 und 496 St. G. und § 487 nicht im geringsten zu erkennen gibt, daß Kollektiv-einheiten mehrerer Personen Subjekt oder Objekt einer Ehrenbeleidigung sein können und Objekt einer Ehrenbeleidigung könne nur eine physische Person sein und nicht irgendein Wirtschaftsunternehmen oder ein Verein, den der Ehrenschuß sei ein rein persönlicher, er kenne nur den im Gesetze besonders er-

höhten aus mehreren Personen bestehenden Einheiten, wie Familien, öffentlichen Ämtern und gesetzlich anerkannten Korporationen zusehen, aber nicht Handels-, Industrie- und Fach- oder Interessen-Unternehmungen.

Diese Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Prag ist selbstredend für Vereine und Gewerkschaften welcher Art immer von unabsehbarer Bedeutung, da, wenn diese Entscheidung aufrecht bleibt, kein Verein und kein Gewerkschaftsverband, mochte er auch noch so empfindlich verletzt worden sein, den Klagerweg betreten könnte, sondern den Klagerweg machen müssen, daß alle Mitglieder des betreffenden Verbandes einzeln als Kläger hätten auftreten müssen. Diese mit so weittragenden sachlichen Folgen und Verlangen für die Gewerkschaften und Vereine verbundene Entscheidung des Oberlandesgerichtes war um so bedauerlicher, als es gegen dieselbe kein Rechtsmittel mehr gibt, also diese Entscheidung eine endgültige ist.

Der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie hat nun im Sinne des § 23 St. R. O. durch seinen Anwalt Dr. Gustav Acha, Advokaten in Aulitz, beim Justizministerium in Wien das Ersuchen gestellt, es möge die Generalprokuratur in Brünn aufgefordert werden, die oben erwähnte Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Prag, die Nichtzulassung der Privatklage des Brägers Oberlandesgerichtes das Gesetz verletzt worden sei.

Zunächst hat auch die Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof als Kassationshof in Brünn eine Nichtzulassungsbekwerbe zur Wahrung des Gesetzes eingebracht und der Oberste Gerichtshof hat mit Erkenntnis vom 27. Dezember 1926, Bl. I, 539/26, zu Recht erkannt, daß durch die Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Prag vom 20. April 1926, G. 3, Tob. 169/26, sofern hierdurch ausgesprochen worden ist, daß die Privatklage des „Internationalen Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie“ in Aussicht nicht zugelassen und das Strafverfahren in dieser Richtung eingestellt worden ist, das Gesetz in den Bestimmungen der §§ 492, 495 St. G. und § 2 St. R. O. verletzt worden.

In seiner Entscheidung führt der Oberste Gerichtshof insbesondere folgendes an: „Das Oberlandesgericht in Prag hat sich in seiner Entscheidung auf Erkenntnisse des Obersten Gerichtshofes vom 9. Oktober 1923, Nr. 2120, gestützt, hat jedoch in diese Erkenntnisse die Worte „oder ein Verein“ eingeschoben, welche Worte in diesen

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes nicht vorkommen und infolge dieser Einschubung hat dann das Oberlandesgericht die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes unrichtig verwendet. Der Oberste Gerichtshof steht auf dem Standpunkte, daß Geschäfts- und Industrieunternehmungen, die einem einzelnen oder einer mehr oder weniger größeren Anzahl von Personen gehören, die sich zum Zwecke des Betriebes eines Unternehmens vereinigt haben, der Charakter einer Korporation nicht zukommt, und daß solche Geschäfts- und Industrieunternehmungen nicht Gegenstand einer Ehrenbeleidigung sein können. Denn die Bestimmung des § 492 St. G. setzt fest, daß bestimmten Personengruppen der Ehrenschutz zukommt. Diese Personengruppen sind eine Ausnahmebestimmung zu dem strafrechtlichen Grundsatze, daß nur einzelne physische Personen Ehrenschutz genießen, es darf also der Kreis dieser Personengruppen nicht erweitert werden.

Von solchen Geschäfts- und Industrieunternehmungen, welche den Ehrenschutz nicht genießen, mußte aber „der Verein“ unterschieden werden. Denn bei einem Verein handelte es sich nicht um Vereinigung von mehreren Personen, sondern um eine Mehrheit einzelner Personen, welche zusammen mit Genehmigung der Staatsgewalt eine einzige ungeteilte ideale Personlichkeit bilden und daher als gesetzlich anerkannte Korporationen ein Gegenstand des Ehrenschutzes sind und ein selbständiges Klagerrecht im Sinne des § 492 St. G. genießen.

Die Vereine, die auf dem Gesetze vom 15. Oktober 1867, Nr. 131 R. G. Bl., beruhen, haben schon durch die Genehmigung ihrer Statuten die behördliche Anerkennung als Korporation erlangt und gehören daher zu den nach § 492 Ehrenschutz genießenden, klageberechtigten Korporationen. Da auch der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, mit dem Tite in Aussicht, ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes ist, muß er als gesetzlich anerkannte Körperschaft Ehrenschutz genießen und zur Klage zugelassen werden.

Wie dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofes sind alle noch möglichen Mißverständnisse beseitigt, und das Klagerrecht der Vereinigungsbekwerber Gewerkschaften zweifellos anerkannt worden, so daß es wohl nicht mehr zu so unliebsamen Mißverständnissen Auffassungen kommen wird, wie sie in der angeführten Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Prag unterlaufen ist.

#### Aus der Unteruchungshaft entwich.

Prag, 5. April. Frankel Bronel ist ein feiner Herr. Ein eleganter englischer Anzug, ein Zedentisch in der oberen Rodtasche, amerikanische Halsbinde, ein Zigarren a la Napoleone III. — wenn man ihn sieht, möchte man glauben, er sei eben von einer diplomatischen Reise aus dem Auslande zurückgekehrt. Aber er kommt von keiner auswärtigen Mission, sondern aus der Untersuchungshaft. Zuvor war er in Chlumec an der Elblina aus der Haft entwichen und wurde wieder eingekerkert.

„Weshalb ließen Sie aus der Untersuchungshaft in Chlumec davon?“ fragt ihn OGB. Glouzel. „Weil die Tür offen stand“, antwortete Herr Bronel bescheiden und lachend. Er erhielt wegen Betruges unter falscher Namensnennung drei Monate schweren Kerkers, die Untersuchungshaft von 6 Wochen wird nicht eingerechnet, weil er sich in Chlumec aus dem Arrest entfliehen empfohlen hatte. Die Anklage vertrat St. A. Jellinek.

### Kleine Chronik.

Wäschereinkauf in alter Zeit. Die Reinhaltung der Leibwäsche und der Kleidungsstücke hat von jeher, wie schon im „Gudrun“-Liede geschildert wird, zum speziellen Arbeitsgebiete der Frau gehört. Die bereits früh vorkommende Leinewäsche wird, abgesehen vom Waschen in heißen Wasser im Hause, durch Reiben, Drücken und Zusammenpressen in fließendem Wasser gereinigt. Sie wird auch auf einem Stein oder ein Bren gelegt und dann mit einem Waschholz geschlagen, dem sogenannten Meneel, von dem unser Wort durchbleuen für heftig schlagen abgeleitet ist. Der Gebrauch der Lauge, das sogenannte Breden, ist wohl vom Auslande her eingeführt worden. Die Lauge wurde dadurch gewonnen, daß man Holzasche mit kochendem Wasser übergoß. Die so gereinigten Gegenstände wurden, nachdem sie entwässert und getrocknet waren, mit dem sogenannten Mangelhols (asmodisch: medell) geplättet. In den Städten bildete sich bald die Gewerbehandlung, daß berufsmäßige Wäscherinnen in die Häuser zum Waschen gehen oder auch die Wäsche zum Waschen abholen. Daher findet sich denn auch in den Städten ein öffentlicher Spielplatz der auch von den Weibern für ihre Zwecke benutzt wird. Während das Mangelhols mit der Hand beworfen wird, kommt bald eine Maschine auf, die durch ein Rad in Bewegung gesetzt wird und auf der ein mit Steinen beschwertes Brett auf Rollen läuft. Aus dieser Einrichtung ist unsere heutige Mangel entstanden. Das Wort hat sich aus dem althochdeutschen „mango“ zu dieser Form entwickelt. Vielfach gab es in den Städten Mangelhäuser, die öffentliche Wäschestellen für Gewerbe darstellten, so z. B. in Augsburg, Nürnberg und Aachen. Die Trockeneinkaufung der Kleider erfolgt erst sehr spät durch die Wäschere. Noch im 12. Jahrhundert ist lediglich die Kopfbürste bekannt, und erst viel später kommt die Kleiderbürste in Gebrauch. Früher erfolgte die trockene Reinigung der Kleidungsstücke durch ein Gewinde aus Seidewolle und kleinem Gestrüpp.

## In meinem schönen Schloß...

Von Leon Blum (Paris).  
Auch das „Prager Tagblatt“ und eine Reihe deutschböhmerischer Provinzblätter „melden“ kürzlich, daß der Führer der französischen Sozialdemokratie, Genosse Leon Blum, ein sabelhaftes Schloß an der Riviera erworben habe. Diese Lüge schließt nun Genosse Blum in nachstehendem, im Pariser „Populaire“ erschienenen Aufsatz launig tot:  
Vor etwa zehn Tagen kommt Brade in mein kleines Bureau in der Redaktion des „Populaire“ und sagt mir ganz vertraulich: „Ich gratuliere. Aber, nicht wahr, es ist ausgemacht, daß Sie mir und meiner Frau ein Zimmer reservieren? Wir können nach dem Kongress von Lyon einen Ausflug in diese Gegend machen.“ Und als ich ihn bestürzt ansah, zog Brade eine Zeitung aus seiner Tasche, faltete sie auseinander, hielt sie mir unter die Nase und ich las.  
Ich las, daß es an der Riviera ein prächtiges Landhaus gibt, einfach herrlich, dafür kostet es auch so viel, daß sich bei dem Tode des Eigentümers kein Mensch gefunden hat, der reich genug gewesen wäre, es zu erwerben. Aber der Notar, der mit dem Verkauf betraut war, hat nun endlich den so lange erwarteten reichen Nabob gefunden — und dieser ist kein anderer als der bekannte sozialistische Ab-cordue Leon Blum.  
„Sie verstehen“, legte Brade, „ich will der erste sein und will und gleich ein Zimmer reservieren.“ Wir lachen beide und ich sage zu Brade: „Das Gau-e ist so idiosyncratisch, daß es wohl unnötig ist, zu berichtigen.“  
„Sie haben unrecht“, erwiderte Brade. „Diese Zeitung, die „Cote auxiliaire“, ist ein Finanzblatt, das ziemlich stark gelesen wird.“

„Sie wissen doch, daß ich weder im Süden noch sonstwo auch nur einen Fingerbreit Boden besitze.“  
„Stimmt schon. Aber Leond“ entstehen reich und haben ein zähes Leben. Sie haben schon Ihr Silberzeug, Ihre Millionen am Buckel. Fügen Sie sich noch die Riviera und das verumägen Schloß hinzu.“  
„Gut, ich werde berichten.“ Ich schreibe der „Cote auxiliaire“. Des Inhalts: „Ich bin wie aus den Wolken gefallen. Es ist ja möglich, daß der Käufer der Villa Blum heißt. Aber dieser Blum bin nicht ich, er hat nichts mit mir zu tun.“  
„Ich komme nach Hause. Das Telefon klingelt. — Es ist einer meiner Brüder.“  
„Hast du die „Cote auxiliaire“ gelesen?“  
„Ja, mein Alter, du kommst etwas zu spät. Vor einer Stunde hätte ich dir noch das blaue Zimmer im zweiten Stock reservieren können... aber soeben habe ich es Brade verbrochen. Es ist nichts mehr frei, kein einziges Bett.“ Wir lachen zusammen und denken dann nicht mehr an diese Geschichte.  
Aber zwei Tage später druckt die Zeitung „Victoire“ die Mitteilung der „Cote auxiliaire“ ab. Am nächsten Tage der „Koppel“, der so geistreich, liebenswürdige Erläuterungen dazu macht, daß ich der Verlockung nicht widerstehen kann, sie wiederzugeben: Es ist, etwas richtig, daß Herr Leon Blum Anhänger der Sozialisierung des Grund und Bodens ist. Tatsächlich wird verichert, daß er soeben ein Schloß erworben hat, das Kemner auf einige Millionen schätzen. Die's Stüd Grundbesitz ist also der Bourgeoise bereits entrisen. Die gerechte Verteilung der Güter der Nation beginnt beim eigenen Ich...  
Während ich noch im Genuß dieser liebenswürdigen Worte schwelge, lautet es wieder. Ge-



# Schicht

## Terpentin-Seife



### mit den 7 Vorzügen



**7. Vorzug: Schicht-Post gratis zu jedem Kilo.** Ein besonderer Vorteil, ohne jeden Preisaufschlag. Kaufen Sie kein Kilo Schicht-Markenware ohne die Schicht-Post zu verlangen!

1. Terpentinegehalt. 2. Großes handliches Stück. 3. Guter Geruch. 4. Schutzpackung. 5. Märchenbilder auf der Packung. 6. Besonders leicht. 7. Schicht-Post gratis.

## Volkswirtschaft.

### Ein Weltkruit für Eisenerze im Werden.

In der Ausfuhr von Eisenerzen steht in Europa, da die französische Erzeugung im Inland verbraucht wird, Schweden an der Spitze (auch die amerikanischen Eisenerze werden im Lande selbst verarbeitet). Die große schwedische Erzfesellschaft Grängesberg, die bereits heute etwa 45 Prozent der auf dem internationalen Eisenmarkt sonnenden Erzmengen liefert, hat sich kürzlich die Gruben des holländischen Konzerns Müller in Alger angegliedert und beherrscht damit 60 Prozent des freien Erzmarktes. Demnächst soll der schwedische Erzkruit sich auch die spanischen Gruben angliedern. Damit würden sich die Anteile der Grängesberger Gesellschaft auf 70 Prozent des freien Erzmarktes erhöhen, eine Exportmonopol, die ohne Zweifel ausreicht, um ein Preismonopol auf dem Weltmarkt auszuüben.

**Ein neues Kartell in der Tschechoslowakei.** Die Erzfabrikanten in der Tschechoslowakischen Republik haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen. Der Hauptzweck des Kartellvertrages ist die Festlegung eines Einheitspreises und die Monopolisierung des Absatzes.

## Kunst und Wissen.

### Die Neunte.

### Die Wiener Philharmoniker unter Weingartner in der Prager Lucerna.

Gestern abend fand im Prager Lucerna-Saal das eine der beiden großen Konzerte statt, die in jeder Hinsicht den Höhepunkt der Prager Jännerfeierlichkeiten für Beethoven bedeuten. Die „Neunte“ (heute die „Missa solennis“), die Wiener Philharmonie und Felix Weingartner — das ist wohl auch das Höchste, was in der Musik vorstellbar ist. Und nun noch das unvergleichliche innere und äußere Erlebnis dieser Jahrhundertfeier — dies alles ließ einen Gipfel erblicken, über den hinaus es fast nichts mehr zu geben scheint. Also wie auch die Mausefalle in der Wassergasse einen Rekordbesuch auf, anverkauft bis auf den letzten Sitzplatz und auf den Ziehplätzen Kopf an Kopf. Weder das gefährliche Drängen noch die bekannten skandalösen Garderobezustände, die sich diesmal beispiellos fühlbar machten, vermochten die Begeisterung zu dämpfen.

Zur Einleitung wurde erst tschechisch (von Deyl) und dann, weit wirkungsvoller im deutschen Original (von Böslin) das Heilige-Städter Testament vorgelesen, jenes vielleicht erschütterndste Künstlerdokument aller Zeiten. Dann spielte Professor Jan Herman das Klavierkonzert in G-Dur mit Orchesterbegleitung. Der vollkommenste Klangkörper, den die Wiener Philharmonie darstellt, das weisvolle Spiel des Pianisten, der die weiche Lyrik dieses Konzertes in wundervoller Reinheit erklingen ließ, und Weingartners ideale nachschaffende Kunst verschmolzen zu einem Gebet in tiefstemphunder Andacht, die sich irgendwie wohl jedem einzelnen der tausenden Hörer mitteilte.

Dann kam die „Neunte“. Alle die schon erwähnten Faktoren halfen mit, einen unvergleichlichen Eindruck zu schaffen. Weingartner, wohl der größte lebende Beethoven-dirigent, dirigierte auswendig. Der Orchesterapparat erblickte unter seiner genialen Stadführung, an der man immer wieder die inneren Gesetze entspringende erhebene Gestalt bewundert, in berückender Schöne. Soll man Einzelnes herausgreifen, so die wunderbaren Steigerungen im ersten Satz, den monumentalen Guß des zweiten Satzes, die unvergleichliche Wiedergabe des Unterbaues im Schlußsatz mit dem ergreifenden Gesang der Streicher. Die Chöre, zu denen sich alle namhaften Säng-

vereinigungen Deutsch-Prag vereinigt hatten, waren voll bewundernswürdiger rhapsodischer Straffheit. Doch feiner abgetönt hat man sie in Prag schon gehört und ein wenig schien auch der Jubel zu sehr äußerlich, der revolutionäre Gedanken, dem da in herrlicher Weise Ausdruck gegeben ist, nicht genug innerlich mitempfunden. Für das Soloquartett wiederum waren die Stimmen nicht durchwegs musterhaft ausgehöhlt. Die Damen Baenecken und Brömse-Schünemann und Herr Macha fanden sich zwar mit ihrem Part in Ehren ab, blieben jedoch einen Grad unter dem vierten, dem Bassisten Chm.

Diese kritischen Bemerkungen sollen jedoch nichts von der stilvollkommenen Gesamtleistung nehmen, die klassisch vollendet war und gebührende Anerkennung in Applausstürmen und innerer Ergriffenheit fand. Weingartner erhielt eine mächtige Kranzverwendung. Es war ein großes, des Anlasses würdiges Ereignis, das einem die zumindest relative Wahrheit jener Worte zum Bewußtsein brachte, die einmal Valentin zu Richard Wagner äußerte, als er unter dessen Leitung in Dresden die Neunte gehört hatte und die ungefähr lauten: „Alles wird jugrundegehen, nichts mehr wird bleiben in der Musik und in den anderen Künsten — nur eines wird nicht vergehen: die Neunte Symphonie.“ V. G.

**Druckfehler.** Trotz der offensichtlich Vorliebe des Zeyers für Alfred Kerr muß beachtet werden, daß in der Besprechung der Komödie „Hohlepolud“ die Sprachverwendung Kerrs nicht als „impersonal“, sondern als „impotent“ bezeichnet wurde.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Karmen“. Donnerstag, 7 Uhr, neuinstudiert: „Fidelio“ (123-3). Freitag, 7 Uhr: „Nacht in Venedig“ (122-2). Samstag, 2 1/2 Uhr, Uraufführung: „Tartuffe“, „Perbrochener Krug“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen, neuinstudiert: „Eifersucht“ (125-1). Sonntag, nachm., 2 1/2 Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Zigaros Hochzeit“; 7 Uhr: „Nacht in Venedig“ (122-2). Montag, 7 1/2 Uhr: „Sogehändler“ (125-2).

**Spielplan der Alteinen Bühne.** Mittwoch, Gastspiel Traute Carlsen, Premiere: „Großfürstin und Zimmerkellner“. Donnerstag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“. Freitag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“. Samstag: „Mit Chocolate“. Sonntag, 3 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Eifersucht“. Montag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“.

## Der Film.

„Metropolis“ im englischen Rundfunk. Welches Aufsehen der von Fritz Lang inszenierte Ufa-Film „Metropolis“ der zur Zeit in England läuft, in London erregt, beweist die Tatsache, daß der bekannte Kritiker Atkinson vom „Daily Express“ im Londoner Rundfunk einen Vortrag über „Metropolis“ hielt.

**Mirakel im Film.** Mit der Verfilmung des „Mirakel“ hat man endlich doch begonnen, und zwar wird die First National das bekannte Bühnenstück auf die Leinwand bringen. Es wurden zwei Millionen Dollar für die Produktion zur Verfügung gestellt.

**Von Chanochs neuer Film** bezieht sich „Das Unbekannte“. Er spielt darin das „arabische Wunder“, das in einem Zirkus angelegt ist, mit den Fäden des Messer wirt und ähnliche Kunststücke macht. Der Heldenheld verkörpert Norman Kerry.

**Cecil R. de Mille** plant eine Verfilmung des Lebens Napoleons. Zum wiederholten Male wird dieses Sujet schon verfilmt werden?

**Ein neues Filmrecht.** Nach monatelangen Verhandlungen zwischen der Verfasserin des Bühnen-

spiels „Abrahams Trübe Rose“, der Amerikanerin Anna Nichols, und der Paramount wurden von dieser endlich die Verfilmungsrechte des Stückes erworben, und zwar für eine Summe, die zwar noch nicht bekannt ist, aber jedenfalls das Größte darstellen dürfte, das an Filmhonorar ausbezahlt wurde. Das Bühnenstück wurde seit seiner Uraufführung im Jahre 1922 in New York ununterbrochen gespielt und der Erfolg des Lustspiels geht am klarsten aus der Summe hervor, welche die Verfasserin bis heute an Tantiemen verdient hat: es sind etwa 22 Millionen Mark (etwa 176 Millionen K<sup>h</sup>)!

**Ein alberner Aprilscherz.** Die Prager „Národní Listy“ brachten am 1. April die sensationelle Nachricht von der Verlobung des tschechischen, derzeit in Amerika tätigen Filmproduziers Sabverka mit Pola Negri. Diese Geschwatzigkeit scheint ganz im Geiste dieser unverwundlichen Tschechen zu liegen. — Bei dieser Gelegenheit sei aufmerksam gemacht, daß die tschechischen Blätter Herrn Sabverka zu einem „Schauspieler“ stampeln wollen, was er allerdings gar nicht ist. Er ist ein einfacher „Cyrus“, d. h. ein besserer Komparie ohne festes Engagement, der nur von Zeit zu Zeit filmt und dessen Spezialität die Maske des Kaisers Franz Josef I. ist. Zur Zeit spielt er in dem neuen Erich Stroheim-Film „Hochzeitsmarsch“ den Kaiser und bei dieser Gelegenheit macht der tschechische Volkspatriotismus aus seinem Landsmann einen „Star“. Dies zur Aufklärung.

## Literatur.

**Kulturwille Nr. 4/IV.** Sondernummer „Beethoven“, Einzelnummer 25 Pfennig, Jahresabonnement Mk. 2.40. Probenummer frei. Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braunsf. 17. Unter den vielen Veröffentlichungen anlässlich des 100. Todesjages Beethovens hat dieses Sonderheft des „Kulturwillens“ eine eigene Note. Der einleitende Artikel „Nachruhm“ von Hans Zuckenschmid zeigt in ersterlicher Offenheit, wie vom Bürgertum diese Hundertjahrfeier nicht der Anerkennung der geistigen Leistung Beethovens, sondern vielmehr der Selbstbeweihräucherung dient. — Die weiteren Beiträge: „Beethoven, der Tondichter der Demokratie“ (Goweb), „Kurzer Lebenslauf v. v. Beethovens“, „Beethovens Wert“ (Wiegand), „Wie Beethoven arbeitete“ (Heck), vermeiden das übliche Pathos des Heroenkultes. Dazu kommt eine geschickte Auswahl literarischer Beiträge aus Romain Rollands „Beethoven“ und ein Bruchstück aus dem neuesten tschechischen Roman „Der junge Beethoven“. In der Beilage „Arbeiterbildung“ interessieren vor allem „Bildungsarbeiten der Unternehmer“ (Baldin Hartig) und „Radio und Erziehung in England“ (Batterson) und zwei Beiträge zum Thema „Jugendreihe“. Neben zwei wähligen Reproduktionen des Beethovenhauses enthält diese Nummer einige unveröffentlichte Photographien aus Alinars Atelier, außerdem die beiden Beethovenköpfe von Bahr und Höll, dazu noch eine wertvolle Radierung Alingers (Beethoven). — Wie das schon für die früheren Hefte des „Kulturwillens“ charakteristisch ist, so gibt auch diese Nummer dem Arbeiter die Möglichkeit, ein überaus umfangreiches Stoffgebiet in straffster Zusammenfassung kennen zu lernen, schärft das kritische Gefühl und weckt zwecklos das Verlangen, sich mit Kulturfragen stärker zu beschäftigen. Wer den „Kulturwillen“ nicht liest, fordere eine Probenummer vom Verleger.

**Genossen! Ihr Mäße! um die Verbreitung unserer Zeitung agitiert.** Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

## Turnen und Sport.

### Arbeiter Sport.

**Auslandreise österreichischer Fußballer.** Als fest abgeschlossen gelten fünf Spiele in Südrussland sowie die Auswahlkämpfe in Deutschland, ferner ein Treffen mit zwei Mannschaften des französischen Arbeitersportbundes in Paris. Die Kornoburger werden gegen Arbeitervereine in Ungarn antreten.

**Bundesrat der lettischen Arbeitersportler.** Dem Bundesrat in Riga wehnen 101 Delegierte sowie der deutsche Gesandte, Dr. Köster, bei. Der Bund umfaßt zur Zeit in 76 Landesvereine 4000 Mitglieder in 14 Sparten. Es wurde beschlossen, daß sämtliche Mitglieder des Bundes sich den Schulungsmaßnahmen anschließen. Bruno Kolnin wurde einstimmig wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt.

**Arbeiter Sport in Südrussland.** Trotz den ungünstigen politischen Verhältnissen zählt Südrussland zur Zeit etwa 100 Arbeiter Sportvereine, doch arbeiten diese wenig für sich. In Stenomen arbeitet seit einem Jahre ein Aufschwung, der bestrebt ist, alle Vereine in einen Bund zusammenzuschließen. Das gleiche gilt für Kroazien und für Serbien.

### Bürgerlicher Sport.

**Der Querfeldeilauf der sechs Nationen** wurde Sonntag in Kiewport ausgetragen. Es siegte der Engländer Bahnes, welcher die 14.300 Meter lange Strecke in 51:40.8 durchlief. 2. Badari (Frankreich), 3. Gallet (Frankreich), 4. Stephenson (Schottland). Als Mannschaftslauf gewertet: 1. Frankreich, 2. England, 3. Schottland, 4. Wales, 5. Irland. Belgien startete nicht.

**Ein ohrfeigender Vorsitzender.** Der Vorsitzende des bürgerlichen Wiener Profisportklubs Pertha, J. Singer, wurde dieser Tage zu 50 Schilling Strafe beziehungsweise fünf Tagen Arrest verurteilt, weil er „im Eifer des Gefechts“ einen Linienrichter der geometerischen Fußballmannschaft derartig verletzt hatte, daß dieser drei Wochen das Bett hüten mußte. — Die vielen gerichtlich geahndeten Mißhandlungen der bürgerlichen Spieler Wiens werden erklärlich, wenn man hört, mit welchem Erfolg die Vereinsleiter beispielgebend tätig sind.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch  
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

**Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten**



**Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.**

Großbuchdruckerei, Stereotype Buchbinderel, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Leistung von 100.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271 Postsparkasse Nr. 127 863.